

Artikel drucken Bilder ausblenden

Verkehrsprojekte sind oft Steuerverschwendung Ost

Rund 3,4 Milliarden Euro pumpte der Bund seit 1991 in kaum genutzte Wasserstraßen, in Schiffe und Anlagen – das soll jetzt anders werden.

Wasserstraßen in Deutschland



FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ZB/DPA-ZENTRALBILD

Das Europäische Wasserstraßenkreuz bei Magdeburg. Die auf dem Foto zu sehende Trogbücke gehört mit einer Länge von 918 Metern weltweit zu den größten ihrer Art. In den Bau des Wasserstraßenkreuzes...

Das Winter-Chaos bei der Bahn und Schlaglöcher in den Straßen haben Verkehrsminister Peter Ramsauer schwer zugesetzt. Jetzt sucht der CSU-Politiker die Offensive. Er hat keine Lust, als Minister einer zerbröselnden Infrastruktur in die Geschichtsbücher einzugehen. Mit seinem neuen Verkehrskonzept für die Bundeswasserstraßen will er beweisen, dass er in jahrzehntelang unangetastete Besitzstände eingreifen kann – um Steuermittel sinnvoller als bisher verwenden zu können. Den Rotstift will der Bayer dabei vor allem in Ostdeutschland ansetzen.

Nur noch stark frequentierte Wasserstraßen bekommen Geld

BUCH-TIPP



Skurriles zur Wiedervereinigung:
"Das Glück des richtigen Geldes"

ANZEIGE

Ramsauers Gesellenstück vor Schiene und Straße sind zunächst die Wasserstraßen. Für ihren Ausbau und ihre Unterhaltung soll es künftig nur noch dann Geld geben, wenn sie stark frequentiert werden. Bisher war das keineswegs so. Die Mittel flossen nach einem regionalpolitisch fein austarierten Plan, Notwendigkeiten spielten dabei häufig eine untergeordnete Rolle. Das will Ramsauer nicht länger dulden. Ohnehin fehlen allein im Bereich der Wasserstraßen aufgrund des Sparzwangs rund 500 Millionen Euro jährlich. Das erfordert

eine Zäsur. Treffen wird sie vor allem wenig sinnvolle Bauprojekte im Osten, aber auch in Norddeutschland.

Dabei zieht Ramsauer lediglich die Konsequenz aus einer verfehlten Verkehrspolitik. In Ostdeutschland etwa mündete sie oftmals in Steuerverschwendung pur. Dorthin pumpte der Bund nach „Welt Online“-Informationen seit 1991 insgesamt rund 3,4 Milliarden Euro in Netz, Schiffe und Anlagen. Die alte Tonnenideologie der DDR wurde einfach fortgesetzt, in den alten Bundesländern rieb man sich die Augen. Während in den vergangenen Jahren im Westen gerade einmal 1,5 Cent Steuergeld pro Tonne Fracht ausgegeben wurde, waren es im Osten 20 Cent. Zwei Jahrzehnte nach der Einheit können viele Bürger solche Zahlen nicht mehr nachvollziehen. In Ostdeutschland verkehren nur selten Güterschiffe, die Warenströme fließen größtenteils über Rhein, Donau und das westdeutsche Kanalnetz.

Utopische Prognosen über Entwicklung der Ost-Industrie

Als Rechtfertigung legten Landes- und Bundespolitiker Prognosen über eine traumhafte Entwicklung der Ost-Industrie vor. Als diese nicht eintrafen, waren die Investitionspakete für die Wasserstraßen längst geschnürt. Die Ramsauer-Vorgänger gebärdeten sich beim Bändchen-Durchschneiden als Aufbau-Ost-Beschleuniger. Keiner hat diese Rolle so gekonnt ausgefüllt wie Ex-Verkehrsminister Manfred Stolpe (SPD). Er feierte das „Europäische Wasserstraßenkreuz“ bei Magdeburg, das auf der Strecke Berlin-Hannover den Mittellandkanal im Westen mit dem Elbe-Havel-Kanal im Osten verbindet, als Brückenschlag in die Zukunft. Eine halbe Milliarde Euro wurde verbaut, doch statt der vorhergesagten 18,3 Millionen Tonnen Fracht werden derzeit nur 2,7 Millionen befördert.

Aber auch in Norddeutschland will Ramsauer umsteuern. „Herausragende Bedeutung für den Güter und Personenverkehr per Schiff“ sollen die Zufahrten zu den Häfen Hamburg, Bremerhaven, Lübeck und Rostock haben, heißt es in seinem Reformbericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages. Der Ostseehafen Kiel hätte das Nachsehen. Zum „Vorrangnetz“ für Investitionen sollen in Zukunft nur noch die Hafenzufahrten gehören, über die mindestens 50 Millionen Tonnen Güter im Jahr transportiert werden. Demnach hätten auch Binnenwasserstraßen mit zehn Millionen Fracht Priorität. Umgekehrt will Ramsauer das „Nebennetz“, zu dem etwa der Elbe-Lübeck-Kanal mit einem weit geringeren Aufkommen zählt, nicht weiter ausbauen. Im Norden hätte man das Geld allerdings dringend gebraucht, was anderswo verschwendet wurde. Dafür steht beispielsweise die vom Bund geförderte Sanierung des Hafens Halle-Trotha für 31 Millionen Euro, was seit fünf Jahren kein einziges Frachtschiff ankam.

„Nach der Logik ‚Wir bauen jetzt mal aus und dann wird schon mehr Verkehr kommen‘ kann man nicht länger vorgehen“, sagte der zuständige Verkehrsstaatssekretär Klaus-Dieter Scheurle (CSU) „Welt Online“. Keine Priorität haben nun beispielsweise der geplante Elbe-Saale-Kanal in Sachsen-Anhalt, der den Bund rund 100 Millionen Euro kosten würde, und der Ausbau einer Schleuse am Teltowkanal in Kleinmachnow bei Berlin für rund 50 Millionen Euro.

Ramsauer ist nicht mehr bereit, Geld in Projekte mit „geringen Verkehrsaufkommen“ zu investieren. Gleichzeitig will der Minister die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) abspecken. Momentan sind für Nord- und Ostsee sowie die Wasserwege 13.315 öffentliche Bedienstete zuständig, die jährlich 620 Millionen Euro kosten. Das ist mehr als die Hälfte aller Mitarbeiter in Ramsauers Ministerium. Die WSV ist völlig überdimensioniert: Sie besteht aus sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen mit 39 Ämtern, sieben Neubauämtern, den Bundesanstalten für Wasserbau sowie Gewässerkunde und Sonderstellen. Umgerechnet auf die 7300 Kilometer Binnenwasserstraßen des Bundes könnte man fast alle 500 Meter einen Mitarbeiter am Ufer postieren.

Ramsauer will allerdings erst im April, nach fünf der sieben Landtagswahlen, verkünden, welche Ämter er zusammenlegt. Betroffen sein sollen vor allem Mitarbeiter im Osten und in Norddeutschland. Auf lange Sicht stehen 2800 Stellen auf der Streichliste, die ohne betriebsbedingte Kündigungen abgebaut werden sollen. Gutachter empfahlen freilich schon vor zehn Jahren, 6000 Stellen zu streichen. Die Haushälter des FDP-Koalitionspartners im Bundestag finden Ramsauers Reformpläne vor diesem Hintergrund auch „viel zu zaghaft“. Vielen Unions-Angeordneten reichen die Sparvorschläge ebenfalls nicht. Nach einer heftigen internen Aussprache wurde das Thema im Parlament vertagt. Es soll jetzt am 9. Februar im Haushaltsausschuss verhandelt werden.

Leser-Kommentare

Liebe Leser,

wir testen im Bereich "Politik" eine neue Kommentarfunktion. Die Technik des Tools wird von einem externen Unternehmen, der Big Head Labs, Inc., San Francisco/USA., zur Verfügung gestellt. Die Moderation liegt bei WELT ONLINE. Das Kommentarsystem "Disqus" erlaubt Ihnen nicht nur, hier auf "Welt Online" zu kommentieren. Wenn Sie dies wollen, bietet Ihnen "Disqus" eine ganze Reihe von Zusatzfunktionen, die wir [hier](#) erklären. Weitere Informationen, insbesondere darüber, ob und wie personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden, finden Sie [hier](#).

Allgemein gilt: Kritische Kommentare und Diskussionen sind willkommen, Beschimpfungen / Beleidigungen hingegen werden entfernt. Details finden Sie in unseren [Nutzungsbedingungen](#).

Bitte teilen Sie uns [hier](#) Ihre Meinung zur neuen Kommentarfunktion mit oder schreiben Sie eine Email an debate@welt.de

Neuen Kommentar hinzufügen

Absenden als ...

Anzeige der Kommentare 1-15 von 71


 **Joisback** vor 20 Stunden

Bei der Überschrift denke ich zuerst an den Wildwuchs der Öffentlich Rechtlichen Funkanstalten mit Ihrem Überfluß an Fernsehsendern, die sich kaum einer ansieht. Auch hier ein Milliardenloch...

[Kommentar melden](#)

114 people haben das empfohlen.

[Empfehlen](#) [Antwort](#)


 **knurrfix** vor 17 Stunden in Bezug auf Joisback

richtig, auch hier gehört mal kräftig ausgemistet und die GEZ halbiert, es reich dann immer noch. Oder sie sollen wie die privaten machen, besser sind die auch nicht mehr nur langsamer

[Kommentar melden](#)

60 people haben das empfohlen.

[Empfehlen](#) [Antwort](#)

 **einsamer Rufer** vor 17 Stunden in Bezug auf Joisback

Was hat dieser dumme Kommentar mit dem Sparziel des Verkehrsministeriums zu tun? Aber wer nur DSDS und Dschungelcamp sieht kann mit gehaltvollen Programmen eh nichts anfangen. Der Werteverlust wird immer schlimmer. Armes Deutschland!

[Kommentar melden](#)

56 people haben das empfohlen.

[Empfehlen](#) [Antwort](#)


 **MoritzBerlin** vor 16 Stunden in Bezug auf einsamer Rufer

das mag ja sein, aber die öffentlich rechtlichen mit ihren uraltwiederholungen, dem wasserkopf in den anstalten und dem parteiengerechtem programm, da muss etwas passieren, weniger leistung - höhere gebühren, einfach eine selbstbedienungsanstalt.

[Kommentar melden](#)

33 people haben das empfohlen.

[Empfehlen](#) [Antwort](#)

 **unifan** vor 15 Stunden in Bezug auf Joisback

Ganz richtig: die öffentlich rechtlichen erfinden ständig neue Kanäle zb ZDF neo und neue Info-Wege zb Internetauftritte.. Es gibt einige hundert Hörfunkprogramme - alles zwangsfinanziert über unsere Gebühren. Sie sollen auf die Grundversorgung beschränkt werden.